

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Tele.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

60. Jahrgang.

Nr. 11.

Mittwoch, den 15. Januar

1913.

## Diphtherie-Sera mit den Kontrollnummern:

1215—1254 aus den Höchster Farbwerken,  
254—259 aus der Merck'schen Fabrik in Darmstadt,  
196—206 aus dem Serumlaboratorium Ruete-Gnoch in Hamburg,  
237 aus der Fabrik vormals G. Schering in Berlin  
sind, soweit sie nicht bereits früher wegen Abschwächung usw. eingezogen sind, vom 1. Januar 1913 ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur **Einzugung bestimmt** worden.  
Dresden, am 11. Januar 1913.

## Ministerium des Innern, II. Abteilung.

Ueber das Vermögen des Materialwarenhändlers **Kurt Walter Liebold** in **Eibenstock** wird heute am 13. Januar 1913, nachmittags 6 Uhr **das Konkursverfahren eröffnet**.

Der Rechtsanwalt **Rodeck** in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar 1913 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Verbeibaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf

**den 5. Februar 1913, vormittags 10 Uhr**

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

**den 28. März 1913, vormittags 10 Uhr**

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas

schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgedungte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 28. Februar 1913 anzeigen.

## Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

## Anmeldung der Militärpflichtigen zur Rekrutierungsstammrolle.

Die hier aufhältlichen Militärpflichtigen, die  
a. im Jahre 1893 geboren oder  
b. in den Vorjahren zurückgestellt worden sind,  
werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb der Zeit  
**vom 15. Januar bis 1. Februar 1913**

in der **Natanzlei zur Rekrutierungsstammrolle** anzumelden.  
Die Militärpflichtigen aus früheren Jahrgängen haben ihre Lösungsscheine, die im Jahre 1893 **anderwärts** geboren **Militärpflichtigen die standesamtliche Geburtsbescheinigung für militärische Zwecke** mit zur Stelle zu bringen.

Sind Militärpflichtige, welche sich zur Stammrolle anzumelden haben, zeitweilig von hier abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsdiener usw.), so hat die Anmeldung durch die betreffenden Eltern, Vormünder, Lehr- oder Fabrikherren zu erfolgen.  
Diejenigen, welche die vorgeschriebene Anmeldung unterlassen, werden mit Geld bis 30 Mark oder Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Stadtrat Eibenstock, den 3. Januar 1913.

## Der verfahrene Konferenzarren.

Die Londoner Friedenskonferenz kommt und kommt mit ihren Arbeiten nicht vom Fleck. Einmal will keiner der Delegierten die Verhandlungen wieder eröffnen und andernteils will man auch die Ueberwindung der Kollektivnote der Mächte abwarten, um sich dann erst schlüssig darüber zu werden, was zu tun ist. Die Türken wollen, wie wir schon meldeten, dem Nationalrat die Entscheidung über die strittigen Punkte überlassen. Wie diese neuerliche Maßnahme der Türkei aufgefaßt wird, geht aus Nachstehendem hervor:

Köln, 13. Januar. Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Berlin telegraphiert wird, stellt die Nachricht von der Einberufung einer Nationalversammlung über die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, die am Sonntag aus Konstantinopel eingetroffen ist, die Geduld der Balkandelegierten auf eine neue Probe. Sie braucht aber noch kein ungünstiges Zeichen zu sein. Der Entschluß zeigt, daß Kamil Pascha die Entscheidung auf eine breitere Grundlage stellen will, und ein anderer Grund dafür mag der sein, daß man wieder einmal Zeit gewinnen will. Da nur eine beschränkte Zahl der Teilnehmer an der Nationalversammlung in Konstantinopel und Umgebung wohnt, die anderen daher erst aus den Provinzen eintreffen müssen, so kann darüber noch einige Zeit vergehen.

Die Drohung der türkischen Delegierten hat sich als eine völlig leere Drohung entpuppt. Die Türken sind noch nicht abgereist und wollen sich sogar noch einmal nach den äußersten Bedingungen des Balkanbundes erkundigen. Das hat indessen die Delegierten der Balkanalliierten nicht abgehalten, nun auch ihrerseits ein Drohwort von Stapel zu lassen; auch sie wollen abreisen:

London, 13. Januar. Die Delegierten der Balkanstaaten erklärten ihrerseits, daß sie nicht länger in London bleiben wollten, als es unbedingt erforderlich sei. Wenn sie nicht bereits abgereist wären, so wäre dies nur mit Rücksicht auf die Großmächte geschehen.

In der türkischen Marine ist ein Wechsel eingetreten, weil der bisherige Oberbefehlshaber es mit der türkischen Flotte nicht riskieren wollte, den Griechen eine entscheidende Schlacht zu liefern. Deshalb ist Halil Pascha zum Oberkommandierenden ernannt:

Konstantinopel, 13. Januar. Halil Pascha wurde zum Flottenkommandanten mit weitgehenden Vollmachten ernannt. Er ist bereits nach dem Maramarameer abgereist. Er erhielt die Ermächtigung, jederzeit nach eigenem Gutdünken der griechischen Flotte eine Entscheidungsschlacht zu liefern.

Die Spannung zwischen Bulgarien und Rumänien soll sich gelöst haben und man hofft, daß die beiden Staaten ihre Angelegenheit friedlich lösen werden:

Wien, 13. Januar. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ an der Ansicht festgehalten, daß die rumänisch-bulgarische Streitfrage keinen Anlaß zu ernstem

Besorgnissen gebe. Die Verhandlungen in London würden weitergeführt, von einem Termine, der heute ablaufen sollte, sei keine Rede gewesen.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

— Besuch des Kaisers beim Reichstanzler. Der Kaiser stattete Montag vormittag dem Reichstanzler einen Besuch ab.

— Militärvorlage und Kriegsminister. Ein Berliner Mittagsblatt will wissen, daß die kommende Militärvorlage mehr bringen werde, als man ursprünglich annahm: „Die noch fehlenden drei Bataillone dürften in ihr verlangt werden, ebenso die Vermehrung der Maschinengewehrabteilungen; die Vermehrung des Infanteries der Kompagnien, die Uebungen der Ersatzreserve und die Formation von Kavalleriedivisionen im Frieden unterliegen eifrigen Beratungen.“ Das Blatt bezeichnet es als fraglich, ob Herr von Peeringen noch lange seines Amtes in der Leipziger Straße zu walten gedenkt. „In der Auffassung der ganzen politischen und militärischen Lage sollen zwischen dem Kriegsminister und anderen kompetenten Stellen sich gewisse Gegensätze bemerkbar gemacht haben, und zwar Gegensätze in grundlegenden Fragen.“

— Der Termin der preussischen Landtagswahl. Die amtlich mitgeteilt wird, ist der Termin der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus von der Regierung auf Mittwoch, den 14. Mai, und der Abgeordnetenwahlen auf Montag, den 2. Juni festgesetzt worden.

— Unerhörte Vorgänge in Mex. In der Nacht zum Sonntag wurde ein Wachtmeister des 9. Dragonerregiments auf der Straße von Mitgliedern des Gesangsvereins „La Renaissance“ belästigt und im Verlaufe des Streites durch zwei Schläge ins Gesicht verletzt. Der Wachtmeister zog blank und verletzte einen der Angreifer schwer. Nun entriß die Kameraden des Verletzten dem Wachtmeister die Waffe, gaben ihm mehrere Hiebe auf den Kopf und traten auf ihn herum, als er schwer verletzt zu Boden sank. Befinnungslos und mit schweren Hieb- und Stichwunden wurde der Wachtmeister ins Lazarett gebracht. Unterwegs fielen die Burschen noch einmal über ihn her. Sechs von ihnen nahm die Polizei fest. Der Wachtmeister schwebt in Lebensgefahr. Er hat bisher das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt.

### Rußland.

— Die militärische Lage Rußlands. Ein Redakteur des „Temp“, welchem der russische Kriegsminister Mitteilungen über die militärische Lage Rußlands gemacht hat, erklärt sich für ermächtigt, aus diesem Gespräch gewiss: allgemeine Schlussfolgerungen zu veröffentlichen. Danach sei die militärische Lage Rußlands gegenwärtig ausgezeichnet. Suchomlin habe das beständige Ziel vor Augen gehabt, den Offensivwert der Armee zu vermehren. Was immer auch in Asien geschehe, Rußland will in Europa die

Hand frei haben. Seit 6 Jahren sei die gesamte Artillerie erneuert. Die Munitionsvorräte kämen denen der anderen Armeen gleich und würden sie bald überreffen. Rußland könne vollständig auf seine Armeerechnen.

— Errichtung einer mongolischen Gesandtschaft in Petersburg. Die mongolische Mission wünscht die Errichtung einer ständigen Gesandtschaft in Petersburg vorzubereiten, um dadurch die Anerkennung der Unabhängigkeit der Mongolei durch andere Mächte zu beschleunigen. Die Petersburger Regierungskreise verhalten sich vorläufig dieser Angelegenheit gegenüber skeptisch.

### Frankreich.

— Zur Regierungskrisis in Frankreich. Ueber eine unter dem Vorhitz Combes abgehaltene Versammlung der demokratischen und sozialistischen radikalen Linken des Senates wird mitgeteilt, daß Clemenceau sich gegen den Antrag des ehemaligen Ministerpräsidenten Monis, man möge die Demission Millerands einfach zur Kenntnis nehmen, ausgesprochen und bemerkt habe, ein solches Vorgehen könnte als eine Zustimmungskundgebung für das Kabinett gedeutet werden. Man hat uns jüngst gesagt, daß im Hinblick auf die gegenwärtige äußere Lage der Rücktritt Millerands angebracht wäre, dann aber hat man im Namen Europas erklärt, daß die Demission Millerands notwendig sei. Es wird Sache des Kongresses sein, zu sagen, was er darüber denkt. Man erblieht in dieser Bemerkung Clemenceaus eine unverhohlene Aufforderung an die Radikalen, bei der Präsidentenwahl dem Ministerpräsidenten Poincaré ihre Stimmen zu verweigern. In parlamentarischen Kreisen wird mehrfach die Ansicht geäußert, daß die Vorgänge der letzten Tage der Präsidentschaftskandidatur Ribots zum Nutzen gereichen dürften.

### Spanien.

— Spanische Flottenverstärkungen. Der Marineminister erklärte am Montag in einem Interview die nächste Maßnahme der Regierung müsse die sein, an die Schaffung eines zweiten Geschwaders heranzutreten.

### Mexiko.

— Eine Erklärung Wilsons. Der künftige Präsident Wilson erklärte, daß das amerikanische Geschäftsleben von monopolistischen Jügen freigemacht werden müsse, und der Geschäftsbetrieb könne so groß werden, wie er wolle, vorausgesetzt, daß es in einem jährlichen Konkurrenzkampfe geschehe. Die wirklich ehrlichen Leute seien jetzt in Amerika im Nachteil, weil das Volk den Geschäftsmethoden ganz allgemein Mißtrauen entgegenbrachte. Ueber das amerikanische Kredit- und Bankwesen sagte Wilson: Die Banken müssen Kredit allen nach gleichen Bedingungen zur Verfügung stellen.

— Die zukünftigen Kriege in den Vereinigten Staaten. In einer Botschaft an die Marinekommission des Repräsentantenhauses erklärte der Marineminister, er glaube, daß alle zukünftigen





